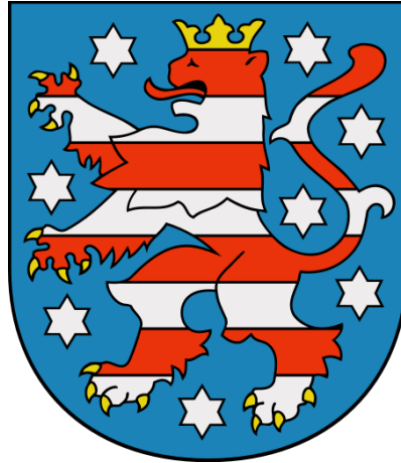


POLITISCHE KULTUR IM FREISTAAT THÜRINGEN



Politische Kultur und Arbeitswelt in Zeiten von Polykrise und Fachkräftemangel

Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORS 2023 Kurzbericht

Prof. Dr. Marion Reiser (wissenschaftliche Leitung)
Dr. Anne Küppers
Volker Brandy
Dr. Jörg Hebenstreit
Dr. Lars Vogel

Friedrich-Schiller-Universität Jena
Institut für Politikwissenschaft
KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung,
Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration



Einleitung

Der THÜRINGEN-MONITOR 2023 setzt mit dem 23. Gutachten die Untersuchung der politischen Kultur im Freistaat Thüringen fort. Die von der Thüringer Staatskanzlei in Auftrag gegebene Untersuchung basiert auf einer repräsentativen telefonischen Befragung von 1.063 wahlberechtigten Thüringer:innen, die vom 11. September bis 25. November 2023 durchgeführt wurde.

Vor dem Hintergrund der beschriebenen Vielfachkrise, Protesten gegen Flüchtlingsunterkünfte, der deutlichen Zunahme an antisemitischen Vorfällen seitdem von der Hamas initiierten Angriffe auf Israel am 7. Oktober 2023, aber auch Demonstrationen für Demokratie und gegen Rechtsextremismus untersucht der THÜRINGEN-MONITOR, wie sich die politischen Einstellungen zu Demokratie, Rechtsextremismus und Antisemitismus in Thüringen entwickeln. Im Titel „Politische Kultur und Arbeitswelt in Zeiten von Polykrise und Fachkräftemangel“ spiegelt sich zudem das diesjährige Schwerpunktthema zur Transformation der Arbeitswelt wider: Wie ist die Sicht der Thüringer:innen auf die zentralen Herausforderungen der Digitalisierung, des Fachkräftemangels und eines klimafreundlichen Umbaus der Wirtschaft? Wie stark betroffen sind davon diesen Entwicklungen in ihrem Arbeitsalltag und welche Strategien zur Bewältigung befürworten sie? Darüber hinaus untersuchen wir, wie sich die Betroffenheit von Digitalisierung und Fachkräftemangel auf die Einstellungen zu Demokratie, Populismus und Rechtsextremismus auswirkt.

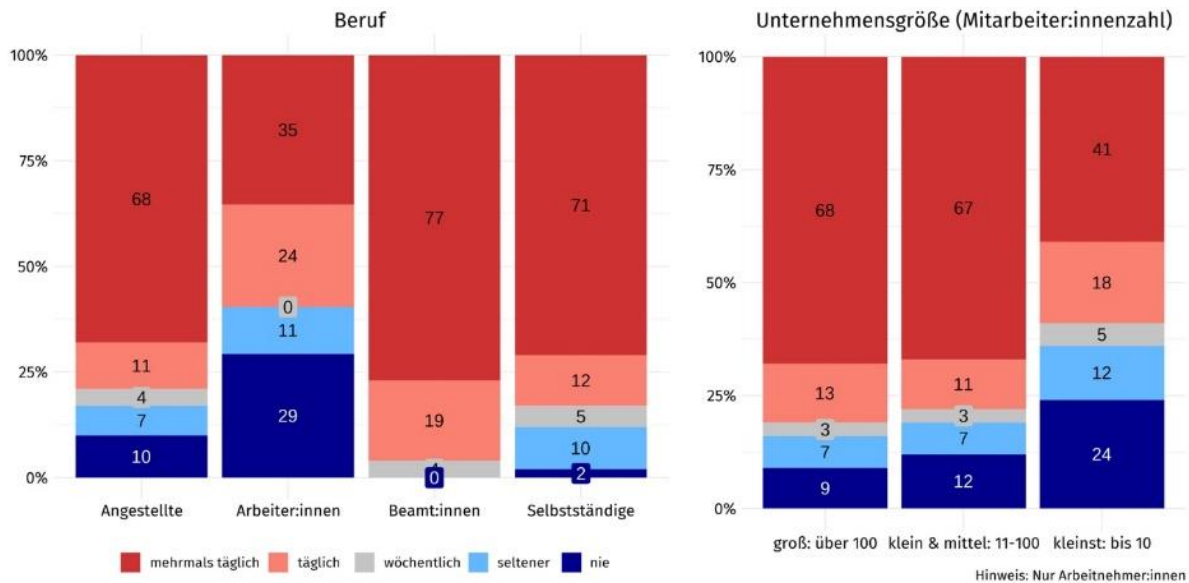
Gerechte Entlohnung, Work-Life-Balance, Fachkräftemangel und Digitalisierung als zentrale Herausforderungen der Arbeitswelt

Auf die offene Frage nach den Problemlagen und Herausforderungen für die Arbeitswelt in Thüringen in den nächsten Jahren äußern die Befragten des THÜRINGEN-MONITORS am häufigsten ihre konkreten Arbeitsbedingungen (22 Prozent). Gewünscht wird eine gerechtere Entlohnung – zwischen Ost und West, zwischen unterschiedlichen Berufen und zwischen Mann und Frau. Auch die Work-Life-Balance sowie soziale Aspekte wie Anerkennung, Arbeitsklima und Leistungsdruck werden häufig genannt. Die Thüringer:innen betonen mit dem Fachkräftemangel (18 Prozent), der Digitalisierung (14 Prozent), Sorgen hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung (zehn Prozent) und dem Themenfeld „Klima und Energie“ (sieben Prozent) aber insbesondere auch die strukturellen Herausforderungen und Zukunftsfragen bei der Transformation der Arbeitswelt.

Eine stark digitalisierte Arbeitswelt wird differenziert bewertet

Die Digitalisierung verändert nicht nur den Alltag vieler Thüringer:innen, sondern durchdringt auch zunehmend ihre Arbeitswelt: Über drei Viertel der Beschäftigten nutzen täglich (mehrmals) digitale Arbeitsmittel, während nur eine Minderheit von elf Prozent der Berufstätigen für ihre Tätigkeiten keine digitalen Arbeitsmittel verwenden. Dies sind überdurchschnittlich Arbeiter:innen (29 Prozent) mit einfacheren Tätigkeiten sowie Beschäftigte in Kleinstbetrieben mit weniger als zehn Beschäftigten (24 Prozent) (vgl. Abb. 1).

Abb. 1: Nutzungshäufigkeit digitaler Arbeitsmittel nach Beruf und Betriebsgröße
(Angaben in Prozent)



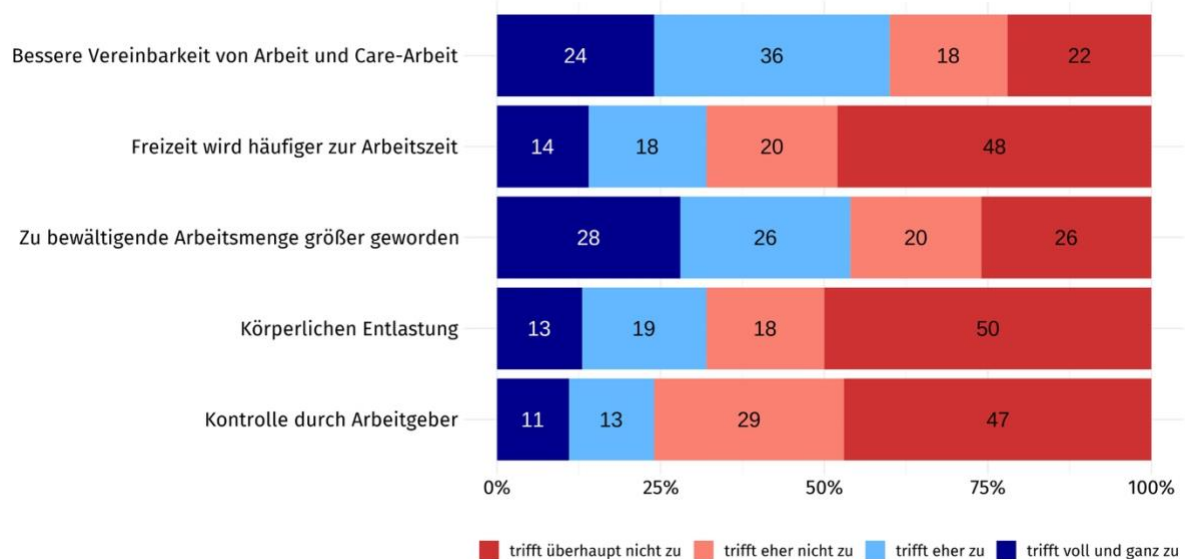
Die Folgen der Digitalisierung am Arbeitsplatz werden differenziert bewertet: Positive Effekte wie körperliche Entlastung und eine verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Care-Arbeit (u. a. durch Home-Office) werden ebenso wahrgenommen wie negative Auswirkungen. Dazu gehören eine wahrgenommene erhöhte Arbeitsbelastung und eine zunehmende Verschmelzung von Arbeit und Freizeit. Ein Viertel der Thüringer Arbeitnehmer:innen fühlt sich durch den Einsatz digitaler Technologien zudem stärker von ihren Arbeitgeber:innen kontrolliert. Für die Zukunft geht eine deutliche Mehrheit von zwei Drittel der befragten Berufstätigen davon aus, dass sich ihre Arbeitsaufgaben im Zuge der Digitalisierung etwas oder sogar stark verändern werden. Nur eine Minderheit von 19 bzw. 14 Prozent der Erwerbstätigen erwartet lediglich minimale bis keine Veränderungen. Sieben Prozent befürchten jedoch, durch die Digitalisierung ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Diese Furcht vor einem Arbeitsplatzverlust aufgrund der Digitalisierung geht mit erhöhten rechtsextremen bzw. (rechts-)populistischen Einstellungen einher.

(Soziale) Digitale Spaltung in der Gesellschaft weiterhin erkennbar – Kompetenzen stärken

Trotz der verstärkten Digitalisierung gerade im Zuge der Corona-Pandemie ist weiterhin eine „digitale Spaltung“ in der Thüringer Bevölkerung erkennbar: So nutzen die Thüringer:innen digitale Formate nicht nur unterschiedlich häufig, sondern ein relevanter Anteil der Bevölkerung fühlt sich nicht kompetent genug im Umgang: So äußert mehr als die Hälfte der – berufstätigen wie nicht berufstätigen – Thüringer:innen die Angst, von der Entwicklung digitaler Technologien abgehängt zu werden. Vier von fünf Thüringer:innen sind sich oft unsicher, ob es sich bei Informationen aus den sozialen Medien um Falschinformationen handelt. Das Gefühl fehlender digitaler Kompetenzen hängt dabei stark mit sozialer

Ungleichheit zusammen, da es signifikant stärker bei älteren, formal niedriger gebildeten und einkommensschwächeren Thüringer:innen in ländlichen Regionen ausgeprägt ist. Damit diese Personengruppen von der fortschreitenden Digitalisierung in der Arbeitswelt, aber auch von öffentlichen (wie Verwaltungsangebote) und privatwirtschaftlichen Leistungen (wie Online-Banking) nicht abgehängt werden, ist – neben einer niederschweligen und nutzer:innenfreundlichen Ausgestaltung dieser Leistungen – insbesondere die Förderung der digitalen Kompetenzen wichtig. In der Thüringer Arbeitswelt werden solche Formate bereits angeboten und genutzt: So gaben 16 Prozent der Arbeitnehmer:innen an, im vergangenen Jahr an einer Weiterbildung im Kontext der Digitalisierung teilgenommen zu haben.

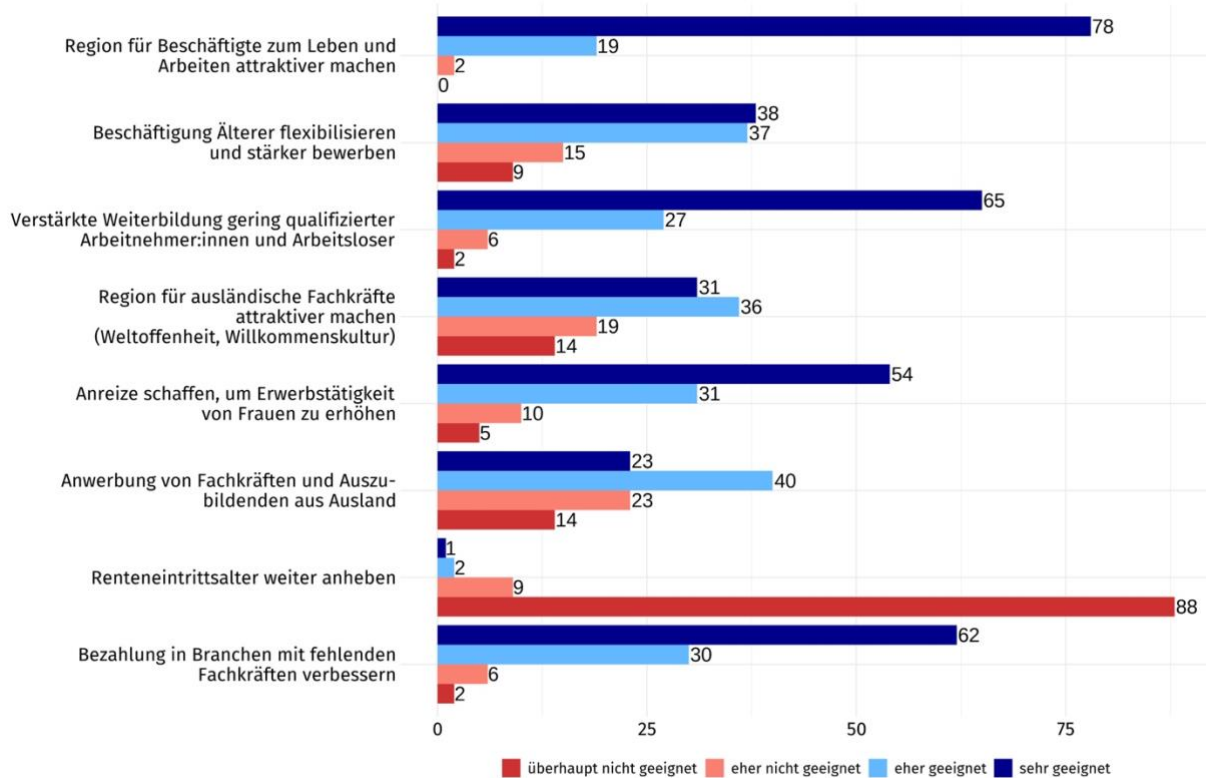
Abb. 2: Konsequenzen der Digitalisierung am Arbeitsplatz
(Angaben in Prozent)



Allgegenwärtiger Fachkräftemangel – Hohe Unterstützung für Gegenmaßnahmen

Der Fachkräftemangel ist, das bestätigt der aktuelle THÜRINGEN-MONITOR erneut eindrucksvoll, in Thüringen allgegenwärtig: 80 Prozent der Thüringer:innen spüren den Fachkräftemangel in ihrem Alltag, etwa bei der Suche nach Handwerker:innen, Fachärzt:innen oder Pflegekräften. Dies wird in den kleinen ländlichen Gemeinden noch einmal häufiger als in den größeren Städten beklagt. Auch an ihrem Arbeitsplatz sind drei Viertel der Berufstätigen vom Fachkräftemangel direkt betroffen; zudem gibt rund die Hälfte an, dass es in ihrem Betrieb Schwierigkeiten gibt, offene Ausbildungsstellen zu besetzen. Dies hat Konsequenzen für Arbeitnehmer:innen und Arbeitgeber:innen, da es meist zu einer höheren Arbeitsbelastung für die verbliebenen Arbeitskräfte (86 Prozent) führt und dazu, dass Aufträge bzw. bestimmte Aufgaben nicht angenommen bzw. ausgeführt werden können (69 Prozent).

Abb. 3: Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel
(Angaben in Prozent)



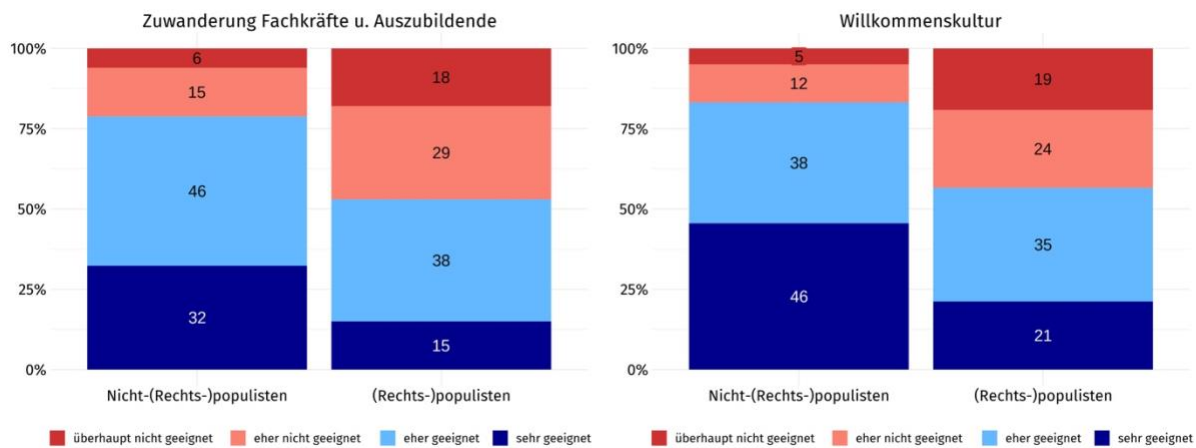
Dass daher Handlungsbedarf besteht, ist in der Thüringer Gesellschaft unstrittig. Insbesondere drei Maßnahmen zur Bekämpfung des Fachkräftemangels werden fast einhellig von jeweils mehr als 90 Prozent befürwortet: die Region für Beschäftigte zum Leben und Arbeiten attraktiver machen, Arbeitslose und Geringqualifizierte verstärkt weiterbilden und eine bessere Bezahlung in Branchen mit Fachkräftemangel. Diese monetäre Aufwertung bestimmter Berufe wird in den offenen Fragen zudem systematisch mit dem Wunsch nach einer höheren gesellschaftlichen Anerkennung von nicht-akademischen Berufen verknüpft. Eine Erhöhung des Renteneintrittsalters wird hingegen vehement abgelehnt. Der Möglichkeit zur freiwilligen Fortsetzung der Beschäftigung über das Renteneintrittsalter hinaus stehen die Menschen in Thüringen hingegen mehrheitlich positiv gegenüber.

Kontroverse Positionen zur Zuwanderung von Fachkräften aus dem Ausland

Die Zuwanderung ausländischer Fachkräfte wird im Gegensatz zu den anderen Maßnahmen kontroverser bewertet: Einerseits sprechen sich jeweils ca. zwei Drittel der Thüringer:innen für eine verstärkte Zuwanderung ausländischer Fachkräfte sowie eine Attraktivitätssteigerung der Regionen für ausländische Arbeitskräfte durch mehr Weltoffenheit und Willkommenskultur aus. Damit liegt die Unterstützung für die Anwerbung ausländischer Fachkräfte in Thüringen im Bundesschnitt. Ein Drittel der Befragten hingegen befürwortet diese Maßnahmen nicht. Diese Position ist signifikant häufiger bei Beschäftigten von Kleinunternehmen im ländlichen Raum sowie bei Befragten mit (rechts-)populistischen Einstellungen verbreitet. Allerdings

befürwortet selbst unter diesen Befragten die Hälfte beide Maßnahmen (vgl. Abb. 4). Diese Befunde sprechen zum einen für die sogenannte Kontakthypothese, da durch häufigere und intensivere Kontakte mit Zuwander:innen in großen Unternehmen und größeren Städten eher fremdenfeindliche Einstellungen abgebaut werden können. Zum anderen deuten die Ergebnisse darauf hin, dass Vorbehalte zumindest teilweise abgebaut werden können, wenn die ökonomischen Vorteile für die Region und den Wirtschaftsstandort Thüringen deutlicher aufgezeigt werden. Dies erscheint gerade vor dem Hintergrund der Herausforderungen durch Migrations- und Fremdenfeindlichkeit bei den Thüringer Bemühungen um eine verstärkte Anwerbung von Auszubildenden und Fachkräften aus dem Ausland als ein wichtiger Ansatz.

Abb. 4 *Anwerbung von Fachkräften und Auszubildenden aus dem Ausland und Willkommenskultur nach Rechtspopulismus*
(Angaben in Prozent)



Klimafreundlicher Umbau der Wirtschaft – Begrenzte Unterstützung von weiteren Klimaschutzmaßnahmen

Der klimafreundliche Umbau der Wirtschaft betrifft die Thüringer Wirtschaft in besonderem Maße, da vergleichsweise viele Menschen im Automobilsektor und in der Herstellung von Grundstoffen (u. a. Chemie-, Stahl-, Metall- und Glasindustrie) beschäftigt sind. Beide Bereiche werden von einem klimafreundlichen Umbau der Wirtschaft stark betroffen sein, was mit großen Herausforderungen und hohen Investitionskosten verbunden ist. Zwar wünscht sich eine große Mehrheit der Befragten (87 Prozent), dass Unternehmen in Thüringen ihre Beschäftigten bei einem klimafreundlichen Lebensstil unterstützen. Gleichzeitig äußern jedoch zwei Drittel der befragten Thüringer:innen, dass die Politik die Unternehmen nicht durch weitere Klimaschutzmaßnahmen belasten sollte. Höhere Unterstützung für staatliche Regulierungen findet sich jedoch bei jüngeren und formal höher gebildeten Menschen sowie bei solchen, die sich auf der Links-Rechts-Achse (eher) links einordnen.

Herausforderungen der Arbeitswelt wirken sich auf politische Einstellungen aus

Die Wahrnehmungen dieser Herausforderungen der Arbeitswelt wirken sich auf die politischen Einstellungen der Thüringer:innen aus: Die Wahrnehmung eines Fachkräftemangels im Alltag führt zu einer höheren Unzufriedenheit mit dem gegenwärtigen Funktionieren der Demokratie. Dies deutet daraufhin, dass die Thüringer:innen die Politik für die wirtschaftliche Entwicklung (mit)verantwortlich machen. Die Furcht vor einem Arbeitsplatzverlust durch Digitalisierung wirkt sich verstärkend auf rechtsextreme und rechtspopulistische Einstellungen aus. Hingegen hemmt betriebliche Mitbestimmung – durch einen wirksamen Betriebsrat, aber auch durch andere Formen – (rechts-)populistische Einstellungen.

Langzeitreihen des THÜRINGEN-MONITORS bestätigen nachhaltigen Einfluss der Polykrise

Eine wichtige Aufgabe des THÜRINGEN-MONITORS ist es, die Langzeitentwicklung der politischen Einstellungen der Thüringer Bevölkerung zu Demokratie, Rechtsextremismus und Antisemitismus empirisch zu untersuchen. Nach den außergewöhnlich hohen Zustimmung- und Zufriedenheitswerten für die Demokratie und das Vertrauen in staatliche Institutionen und den außergewöhnlich niedrigen Werten in den Einstellungen zu Rechtsextremismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit während der Corona-Pandemie, wurden im THÜRINGEN-MONITOR 2022 deutliche Verschiebungen in den politischen Einstellungen festgestellt. Unsere dort formulierte Annahme, dass diese sowohl auf eine Angleichung an das Vor-Corona-Niveau nach den Pandemie Jahren als auch auf die Auswirkungen der Polykrise zurückgeführt werden können, bestätigt sich durch die Fortschreibung der Langzeitreihen im THÜRINGEN-MONITOR 2023 eindrucksvoll.

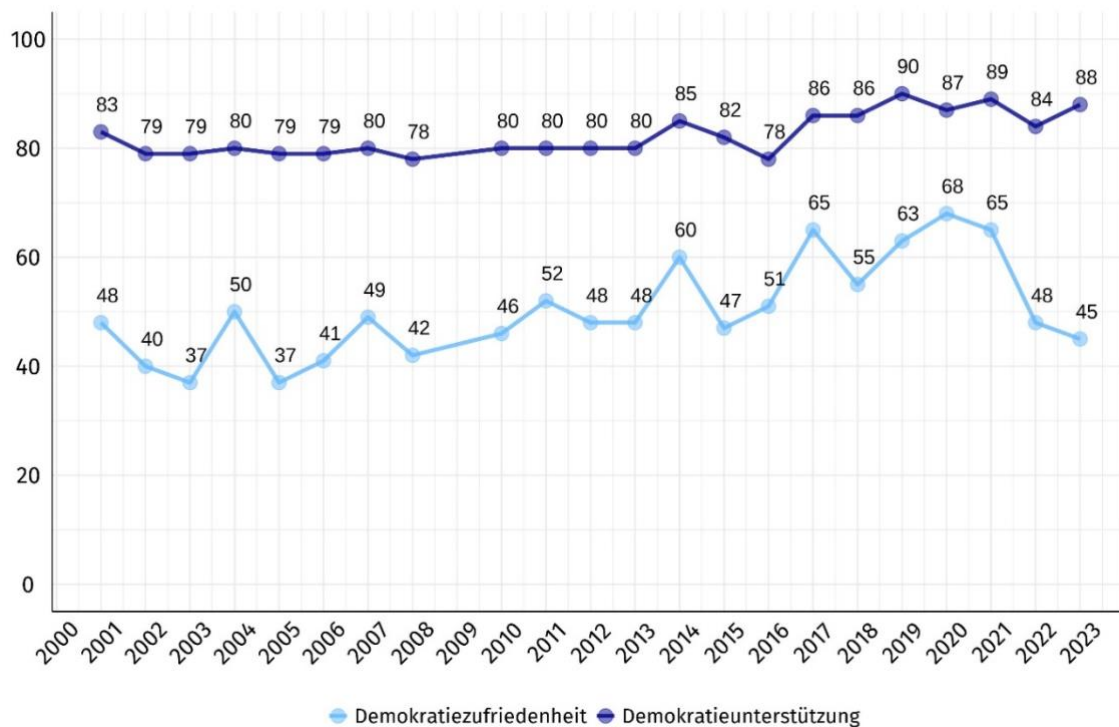
Hohe Zustimmung zur Idee der Demokratie, aber geringe Demokratiezufriedenheit

Die Demokratieunterstützung ist im aktuellen THÜRINGEN-MONITOR mit 88 Prozent auf einem weiterhin sehr hohen Niveau. Fast neun von zehn Thüringer:innen stimmen der Aussage zu, dass die Demokratie die beste Staatsidee ist.

Hingegen sinkt die Zufriedenheit mit der Praxis der Demokratie das dritte Jahr in Folge und setzt den nach der Corona-Pandemie einsetzenden Trend fort: Das Ausmaß der Demokratiezufriedenheit ist im Zeitraum zwischen 2020 und 2023 um 23 Prozentpunkte von 68 auf 45 Prozent stark zurückgegangen. Damit zusammenhängend und in ähnlicher Weise sind auch das Vertrauen in die Bundes- und Landesregierung gesunken. Gegenwärtig geben weniger als ein Fünftel (17 Prozent) der Befragten an, dass sie der Bundesregierung ihr Vertrauen schenken. Auch im Falle der Landesregierung äußert nur noch ein knappes Drittel (30 Prozent) der Thüringer:innen, dass sie ihr vertrauen. Diese Entwicklungen entsprechen dabei den in anderen Studien wie dem Deutschland-Monitor gemessenen Werten. Insgesamt zeigt sich, dass die Thüringer Bürger:innen zwar mit dem gegenwärtigen Funktionieren der demokratischen Praxis unzufrieden sind, die generelle Staatsform „Demokratie“ aber weiterhin in einem erheblichen Maße unterstützen (vgl. Abb. 5).

Die Analysen zeigen, dass ein Mangel an wahrgenommener Responsivität, das Gefühl der Benachteiligung als Ostdeutsche:r sowie der Eindruck, keinen Einfluss auf das politische System nehmen zu können, die niedrige Demokratiezufriedenheit und das geringe Vertrauen in die Politik erklären. Ein „offenes Ohr“ für die Sorgen und Interessen der Bürger:innen, verstärkte Einflussmöglichkeiten und das Abbauen von Ungleichheiten sind daher wichtige Ansatzpunkte gegen die gestiegene Unzufriedenheit mit der Praxis der Demokratie.

Abb. 5: Demokratieunterstützung und Demokratiezufriedenheit 2001-2023
(in Prozent)

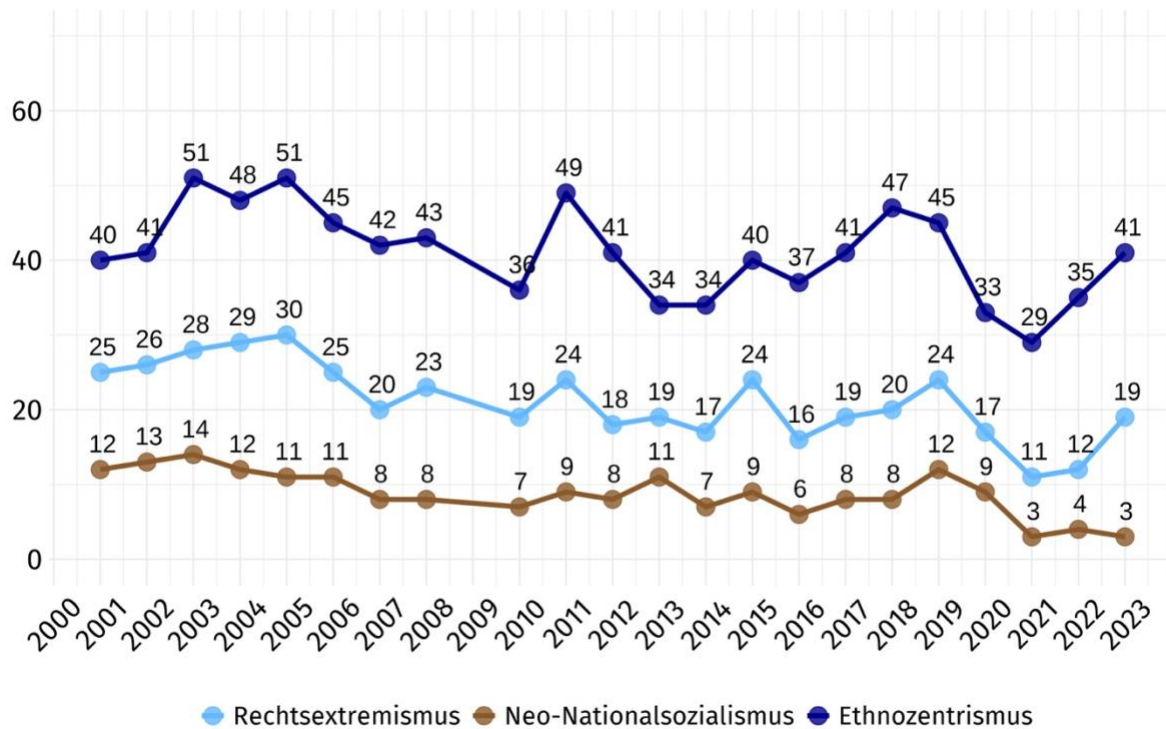


Rechtsextremismus auf das Vor-Corona-Niveau angestiegen

Die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen ist in Thüringen im Vergleich zu den Vorjahren deutlich angestiegen. So zeigt das auf der Konsensdefinition aufbauende und im THÜRINGEN-MONITOR bewährte Messinstrument einen Anteil von 19 Prozent an einstellungsmäßigem Rechtsextremismus (vgl. Abb. 6). Damit ist der deutliche Rückgang während der Corona-Pandemie aus heutiger Perspektive als kurzzeitiges Phänomen zu bewerten, zumal der aktuelle Wert dem Durchschnittswert der Jahre 2007-2019 entspricht. Der Anstieg des Rechtsextremismus ist dabei ausschließlich auf den gestiegenen Ethnozentrismus zurückzuführen, den nun 41 Prozent der Thüringer:innen teilen. So erfahren Aussagen zu einem starken Nationalgefühl („Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland“) sowie fremdenfeindliche Aussagen in diesem Jahr höhere Zustimmungswerte. Neo-nationalsozialistische Einstellungsmuster, d.h., den Nationalsozialismus verharmlosende, antisemitische und

diktaturbefürwortende Einstellungen, sind hingegen weiterhin nur unter drei Prozent der Thüringer:innen verbreitet.

Abb. 6: Rechtsextreme, ethnozentrische und neo-nationalsozialistische Einstellungen 2001–2023
(in Prozent)

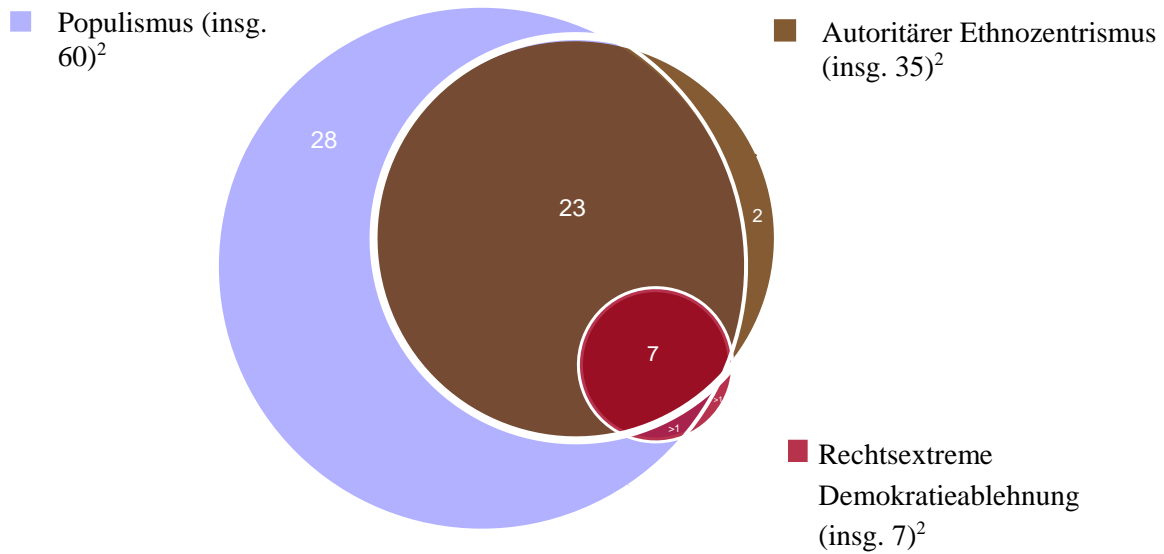


Erhöhte Überlappung rechtsextremer, populistischer und neurechter Einstellungen

Wie in den Vorjahren, zeigt auch der THÜRINGEN-MONITOR 2023 Überschneidungen und Anknüpfungspunkte zwischen populistischen, neurechten sowie rechtsextremen Einstellungen. Neben der großen Gruppe an Thüringer:innen, die keine dieser Einstellungen teilen, lassen sich drei Einstellungsmuster unterscheiden: populistische Einstellungen, autoritärer Ethnozentrismus und rechtsextreme Demokratieablehnung (vgl. Abb. 7):

Insgesamt sind – wie im Vorjahr – 60 Prozent der Thüringer:innen populistisch eingestellt. Dieses Einstellungsmuster ist insbesondere durch den Anti-Elitismus geprägt. So stimmen u. a. mit 65 Prozent erneut fast zwei Drittel der Befragten der Aussage zu, dass die „Herrschenden und Mächtigen in unserer Gesellschaft [...] gegen die Interessen der einfachen Bevölkerung“ handeln. 85 Prozent glauben, dass sich die Politiker:innen immer dann einig sind, „wenn es darum geht, ihre Privilegien zu schützen“. Im Vergleich zum Vorjahr ist jedoch die Verbindung des einstellungsmäßigen Populismus mit ethnozentrischen Einstellungen deutlich angestiegen. Statt einem Anteil von 30 Prozent im vergangenen Jahr sind in diesem Jahr daher ca. die Hälfte dieser populistisch eingestellten Personen als *rechtspopulistisch* einzuordnen.

Abb. 7: Populistische und rechtsextreme Einstellungen in Thüringen
(2023, in Prozent aller Befragten)



Für die Erklärung des Rechtsextremismus und des (Rechts-)Populismus sind vor allem die bereits mehrfach im THÜRINGEN-MONITOR untersuchten Faktoren relevant: Autoritarismus, der Wunsch nach traditioneller Lebensführung und die soziale Dominanzorientierung. Auch Gefühle der Benachteiligung und die Furcht vor Statusverlust fördern diese Einstellungsmuster, während sich die Unterstützung der Demokratie und politische Partizipation hemmend auswirken.

Vorbehalte gegen Migrant:innen und Muslim:innen auch in der gesellschaftlichen Mitte angestiegen

Analog zu den rechtsextremen Einstellungen sind auch die migrant:innenfeindlichen und antimuslimischen Einstellungen nach einem Rückgang in den Corona-Jahren im Jahr 2022 und nun erneut im Jahr 2023 angestiegen. So äußern im aktuellen THÜRINGEN-MONITOR mit 59 Prozent deutlich mehr als die Hälfte der Befragten, dass „die Bundesrepublik (...) durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet“ ist (im Vergleich zu 42 Prozent im Jahr 2021); 50 Prozent stimmen der Aussage zu, dass „die Ausländer (...) nur hierher kommen, um unseren Sozialstaat auszunutzen.“ (im Vergleich zu 37 Prozent im Jahr 2021). Eine Mehrheit der Thüringer:innen (53 Prozent) bezweifelt zudem, dass die meisten der in Deutschland lebenden Muslim:innen die Werte des Grundgesetzes akzeptieren. Dies entspricht einer Zunahme um 14 Prozentpunkte innerhalb der letzten zwei Jahre. Diese Vorbehalte spiegeln sich ebenso in Protesten gegen Flüchtlingsunterkünfte auch in Thüringen wider. Der deutliche Anstieg entspricht zudem den Ergebnissen bundesweiter Untersuchungen wie der Mitte-Studie 2023. Auch wenn diese menschenfeindlichen Einstellungen bei Menschen mit

höherer formeller Bildung, Vertrauen in die staatlichen Institutionen oder einer Selbstverortung links der politischen Mitte weniger häufig verbreitet sind, sind diese Vorbehalte in der gesellschaftlichen Mitte in Thüringen weit verbreitet.

Antisemitische Einstellungen weiterhin in der Gesellschaft verbreitet

Die Abwertung von Jüdinnen und Juden aus rassistischen, politischen oder religiösen Motiven ist ein kontinuierliches Problem unserer Gesellschaft, was sich u. a. im Anstieg an antisemitischer Hasskriminalität und Verschwörungserzählungen in den vergangenen Jahren besonders deutlich zeigt. Durch den Angriff der islamistischen Terrororganisation Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 und der darauffolgenden militärischen Offensive Israels im Gazastreifen, geht nicht nur ein hoher Anstieg an antisemitischen Straftaten, sondern auch eine gestiegene Auseinandersetzung mit Antisemitismus in der Gesellschaft einher. Auf der Einstellungsebene zeigt sich bei den Thüringer:innen – im Gegensatz zu den rechtsextremen und menschenfeindlichen Einstellungen – kein einheitliches Bild. Der primäre, völkisch-rassistische Antisemitismus verbleibt auf einem sehr niedrigen Niveau: So stimmt weiterhin nur eine kleine Minderheit von fünf Prozent der Aussage „die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns“ zu. Bei der Zustimmung zum sekundären Antisemitismus, der sich in einer Verharmlosung der Verbrechen des Nationalsozialismus zeigt, ist trotz eines Rückgangs im Vergleich zum Vorjahr, eine weiterhin hohe Zustimmung von knapp 40 Prozent der Thüringer:innen festzustellen. Der israelbezogene Antisemitismus verzeichnet nach dem Rekordrückgang im vergangenen Jahr im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR 2023 einen starken Anstieg von zwölf auf 19 Prozent Zustimmung. Dies stellt dennoch den zweitniedrigsten Wert in der Zeitreihe des THÜRINGEN-MONITORS dar. Sowohl in Bezug auf antisemitische als auch auf antimuslimische Einstellungen zeigen sich in unseren Daten keine Veränderungen im Antwortverhalten nach dem Angriff der islamistischen Terrororganisation Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023, der im Erhebungszeitraum des THÜRINGEN-MONITORS 2023 stattfand. Weiterhin gilt, dass verstärkte Anstrengungen in der politischen Bildung und Prävention unternommen werden sollten, um die Resilienz gegenüber antidemokratischen Tendenzen in der Gesellschaft zu erhöhen.